

SASKIA MICHEL

Gerichtsverwaltung
und Court Management
in Deutschland
und in den USA

Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

*Rechtsvergleichung
und Rechtsvereinheitlichung*

72

Mohr Siebeck

Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung

herausgegeben von der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

72



Saskia Michel

Gerichtsverwaltung und
Court Management in
Deutschland und in den USA

Mohr Siebeck

Saskia Michel, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften in Münster; 2013 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Öffentliches Recht und Politik der Universität Münster; Rechtsreferendariat im OLG-Bezirk Düsseldorf mit Stationen in Hanoi und London; 2020 Zweite Juristische Prüfung; seit 2020 Rechtsanwältin; 2020 Promotion.

D6, Zugleich Dissertation Universität Münster (Westf.), Rechtswissenschaftliche Fakultät

ISBN 978-3-16-159476-2 / eISBN 978-3-16-159477-9

DOI 10.1628/978-3-16-159477-9

ISSN 1861-5449 / eISSN 2569-426X (Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde Anfang des Jahres 2019 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen. Aktuelle Rechtsprechung und Literatur konnten bis Ende April 2020 berücksichtigt werden.

Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Fabian Wittreck, der die Arbeit nicht nur angeregt, sondern auch wohlwollend betreut hat. Bei der Anfertigung der Arbeit ließ er mir stets alle Freiräume und stand doch für kritische Diskussionen jederzeit zur Verfügung. Die Zeit, die ich als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik verbracht habe, hat mich fachlich und menschlich geprägt. Nicht nur die wissenschaftliche Akribie Herrn Professor Wittrecks, sondern auch das kollegiale Miteinander der Lehrstuhl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mir immer in guter Erinnerung bleiben.

Für die zügige und sorgfältige Erstellung des Zweitgutachtens sowie für konstruktive Anmerkungen danke ich ferner ganz herzlich Herrn Professor Dr. Oliver Lepsius, LL.M.

Dem Verlag Mohr Siebeck und der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V., vertreten durch Generalsekretär Herrn Professor Dr. Martin Schmidt-Kessel, danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung.

Dank gebührt ferner dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat für die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Mein ganz besonderer Dank gilt – auch stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Politik – Viktoria Kempf und Kathrin Albrecht, die mir zu guten Freundinnen geworden sind. Ihre aufmunternden Worte und ihre Diskussionsbereitschaft (ob im Büro oder am heimischen Küchentisch) haben einen unermesslichen Anteil am Gelingen dieser Doktorarbeit. Danken möchte ich ferner den vielen wichtigen Menschen, die sich als geduldige Zuhörer/innen und fleißige Korrekturleser/innen erwiesen haben. Heraus ragen hier meine Freundinnen Dr. Nora Brosent und Dr. Lisa-Karen Mannefeld, mit denen ich zahlreiche Stunden in der juristischen Bibliothek und in der Mensa der HHU Düsseldorf verbracht habe. Sie haben mich

nicht nur durch das Korrekturlesen unterstützt, sondern mir meinen Start in Düsseldorf auch mehr als erleichtert. Mein Dank gebührt ferner Dr. Jan Urban, der mir als kritischer Gesprächspartner mit konstruktiven Hinweisen aus praktischer Sicht unermüdlich zur Seite stand.

Einen unermesslichen Teil zum Gelingen dieser Arbeit haben ferner die Menschen beigetragen, die stets ein offenes Ohr hatten und mir mit gutem Rat zur Seite standen. Für ihren moralischen Beistand möchte ich daher von Herzen Carolin Schlütter-Lückel, LL.M. und Sarah Kassen, LL.M. danken, deren Freundschaft mich seit dem ersten Semester an der WWU Münster begleitet. Für die Unterstützung in den zeitweilen recht kräftezehrenden Monaten vor der Veröffentlichung dieser Arbeit danke ich sehr herzlich meinen Freundinnen Johanna Beermann und Judith Dany. Sie haben mir über das Referendariat hinaus zur Seite gestanden, als die Endkorrektur meiner Doktorarbeit mich stark gefordert hat.

Ein besonderer Dank gebührt schließlich Jean Pascal Slotwinski, LL.M. – Ohne dich wäre so vieles nicht möglich gewesen; du hast mich durch die Höhen und Tiefen dieser Promotion begleitet, Diskussionen geführt, Korrektur gelesen, technische Notfall-Hilfe geleistet und meine Moral immer wieder aufgebaut. Dass du so fest an mich glaubst, bedeutet mir unendlich viel.

Zuletzt gilt mein ganz aufrichtiger Dank meinen Eltern, Sigrid und Frank Michel, die mich geduldig gefördert und mir stets Raum zur Entfaltung gegeben haben. Mein familiäres Umfeld – und auch die Unterstützung meiner Großeltern Liane und Friedhelm Michel – hat mich während der Anfertigung dieser Arbeit begleitet und motiviert. Widmen möchte ich die Arbeit meinem kleinen Neffen Felix – weil man schließlich mit der wissenschaftlichen Nachfuchsförderung nicht früh genug beginnen kann.

Düsseldorf, den 31. August 2020

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
A. Rechtsvergleich und Sprachbewusstsein	5
B. Evolution und Revolution einer Reformdebatte	10
C. Gang der Untersuchung	14
Erster Teil: Überblick und Begriffsbestimmungen	17
A. Begriffliche Einordnung der Gerichtsverwaltung in Deutschland	18
B. Begriffliche Einordnung der <i>Court Administration</i> in den USA	50
C. Begrifflicher Vergleich	74
Zweiter Teil: Grundlagen	77
A. Historischer Grundriss der Entwicklung von gerichtsverwaltender Tätigkeit	77
B. Rechtsquellen	96
C. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen der Gerichtsverwaltung in Deutschland und den USA	106
D. Andere Internationale Vorgaben	239
E. Geographische Eingrenzung der Rechtsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika	243
Dritter Teil: Gerichtsaufbau	245
A. Überblick über den Aufbau der deutschen Gerichtsbarkeit	245
B. Überblick über den Aufbau der amerikanischen Gerichtsbarkeit	254
C. Abschließender Vergleich	310

Vierter Teil: Gerichtsverwaltung	319
A. Die Verwaltung deutscher Gerichte	321
B. Die Verwaltung der Gerichte in den USA	383
C. Abschließender Vergleich	442
Fünfter Teil: Übertragbarkeit des amerikanischen Gerichtsverwaltungsmodells auf die deutsche Gerichtsbarkeit	453
A. Schwächen der amerikanischen Selbstverwaltung	454
B. Verfassungsrechtliche und rechtspolitische Bewertung der Gerichtsverwaltungselemente aus deutscher Perspektive	459
C. Fazit	514
Sechster Teil: Schlussbetrachtung	519
A. Erster Teil	519
B. Zweiter Teil	521
C. Dritter Teil	525
D. Vierter Teil	526
E. Fünfter Teil	530
F. Ausblick	534
English Summary	537
Literaturverzeichnis	539
Sachregister	609

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
A. Rechtsvergleich und Sprachbewusstsein	5
I. Methodik des Rechtsvergleichs	6
II. Sprachbewusstsein	8
B. Evolution und Revolution einer Reformdebatte	10
C. Gang der Untersuchung	14
Erster Teil: Überblick und Begriffsbestimmungen	17
A. Begriffliche Einordnung der Gerichtsverwaltung in Deutschland	18
I. Die Begriffe Verwaltung und Rechtsprechung	18
1. Rechtsprechung	19
a) Formeller Rechtsprechungsbegriff	21
b) Materieller Rechtsprechungsbegriff	22
c) Funktionaler Definitionsansatz	22
d) Kernbereiche der Judikative	23
2. Verwaltung	24
a) Verwaltungsbegriffe – Definitionsversuche	25
aa) Organisatorischer Verwaltungsbegriff	25
bb) Formeller Verwaltungsbegriff	25
cc) Materieller Verwaltungsbegriff	26
dd) Kombinierte Begriffsbestimmung	27
b) Kernbereiche der Exekutive	29
3. Abgrenzung von Rechtsprechung und Verwaltung	30
a) Möglichkeit einer trennscharfen Abgrenzung	30
aa) Verfassungsrechtliches Gebot zur Trennung	31
bb) Unterscheidungsmerkmale	32
b) Vorgehensweise in Grenzbereichen	33

II. Gerichtsverwaltung als Grenzgang zwischen Verwaltung und Rechtsprechung	37
1. Verwaltung <i>durch</i> Gerichte	38
a) Rechtsfürsorge	38
b) Justizverwaltung	41
aa) Justizverwaltung in materieller Perspektive	42
(1) Enges Verständnis der materiellen Justizverwaltung	42
(2) Verallgemeinerndes Verständnis der materiellen Justizverwaltung	43
bb) Justizverwaltung in formell-institutioneller Perspektive	44
2. Verwaltung der Gerichte	45
a) „Gerichtsverwaltung“	45
aa) Begriff und Inhalt der Gerichtsverwaltung	45
bb) Bereiche gerichtsverwaltender Tätigkeit	46
b) Bereich richterlicher Selbstverwaltung	49
B. Begriffliche Einordnung der <i>Court Administration</i> in den USA	50
I. Die Begriffe Rechtsprechung und Verwaltung in der amerikanischen Rechtsordnung	51
1. Rechtsprechung	52
2. Verwaltung	55
a) Grundlegendes zum Verwaltungsaufbau	55
b) Begriffsbestimmung	56
3. Abgrenzung	58
II. Gerichtsverwaltung als eigenes Feld gerichtlichen Tätigwerdens	62
1. Verwaltung <i>durch</i> Gerichte	63
2. Verwaltung <i>der</i> Gerichte	65
a) <i>Court Administration</i> und <i>Judicial Administration</i>	66
aa) <i>Court Administration</i>	66
bb) <i>Judicial Administration</i>	67
b) <i>Court Management</i>	68
aa) Der Management-Gedanke	68
bb) Aufgabenfelder des <i>Court Managers</i>	72
C. Begrifflicher Vergleich	74
 Zweiter Teil: Grundlagen	 77
A. Historischer Grundriss der Entwicklung von gerichtsverwaltender Tätigkeit	77
I. Entwicklung der Gerichtsverwaltung in Deutschland	77
II. Entwicklung der Gerichtsverwaltung in den USA	82

1. Die Ursprünge und Entwicklung der gerichtlichen Selbstverwaltung	82
2. Institutionelle Entwicklungen	86
a) Bundesebene	86
b) Staatenebene	88
3. Ursprünge und Entwicklung des modernen <i>Court Managements</i>	89
III. Ideengeschichtlicher Vergleich der Entwicklung gerichtsverwaltender Strukturen in beiden Rechtsordnungen . . .	95
B. Rechtsquellen	96
I. Rechtsquellen des deutschen Rechts	96
II. Rechtsquellen des U.S.-amerikanischen Rechts	98
1. Allgemeine Rechtsquellenlehre des <i>Common Law</i>	98
a) <i>Case Law</i>	99
b) <i>Statutory Law</i>	101
2. Rechtsquellen des Gerichtsverwaltungsrechts	104
C. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen der Gerichtsverwaltung in Deutschland und den USA	106
I. Demokratieprinzip	107
1. Demokratische Legitimation der Gerichtsverwaltung in Deutschland	108
a) Demokratie als Rechtsprinzip	108
b) Demokratische Legitimation der Gerichtsverwaltung . . .	111
aa) Legitimationsmodelle	112
(1) Funktionell-institutionelle Legitimation	113
(2) Personell-organisatorische Legitimation	115
(3) Sachlich-inhaltliche Legitimation	116
(4) Kritik an dem hergebrachten Legitimationsmodell	118
bb) Demokratische Legitimation der dritten Gewalt	125
(1) Funktionell-institutionelle Legitimation	125
(2) Personell-organisatorische Legitimation	126
(a) Die Gestaltungsfreiheit der Bundesländer gem. Art. 98 Abs. 4 GG	127
(b) Probleme bei der Besetzung von Richterwahlausschüssen	128
(c) Kooptationsverbot	133
(d) Grenzen der richterlichen Unabhängigkeit . . .	135
(3) Sachlich-inhaltliche Legitimation	136
(4) Fazit	140

cc) Demokratische Legitimation gerichtsverwaltender Tätigkeiten	141
2. Demokratische Legitimation gerichtsverwaltender Maßnahmen in den USA	143
a) Demokratie als Verfassungsprinzip in der ideengeschichtlichen Entwicklung	144
b) Legitimation der Gerichtsverwaltung	145
aa) Demokratische Verantwortung durch Kontrollinstrumente	145
bb) Probleme demokratischer Legitimation der Richter an den Gerichten der Einzelstaaten	148
(1) Auswahl nach dem <i>Missouri-Plan</i>	149
(2) Demokratisierende Direktwahl	150
cc) Normverwerfungskompetenz der U.S.-amerikanischen Gerichte	152
dd) Schlussfolgerungen für die demokratische Legitimation der <i>Court Administration</i>	160
3. Legitimationsketten und <i>Democratic Accountability</i> im Vergleich	160
II. Gewaltenteilungsprinzip	164
1. Das deutsche Prinzip der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung	164
a) Funktionentrennung und Gewaltenverschränkung	165
b) Grenzen der Gewaltenverschränkung	168
c) Die besondere Stellung der dritten Gewalt im Gefüge des Trennungsdogmas	170
2. Das U.S.-amerikanische Prinzip der Gewaltenteilung und der <i>Checks and Balances</i>	172
a) <i>Separation of Powers</i> und <i>Checks and Balances</i>	172
b) Verhältnis der dritten Gewalt zu Exekutive und Legislative	176
aa) Die Gerichte und die Exekutive	177
bb) Die Gerichte und die Legislative	179
c) Die Gerichtsverwaltung im Gewaltengefüge	180
3. Gewaltenverschränkung vs. <i>Checks and Balances</i>	182
III. Justizgewährleistungsanspruch	185
1. Der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch in Deutschland	185
2. Die Rechtsschutzgarantie in den USA	188
IV. Der gesetzliche Richter	189
V. Richterliche Unabhängigkeit	191
1. Die Garantie richterlicher Unabhängigkeit in Deutschland . . .	192

a) Sachliche Unabhängigkeit	195
aa) Legislative	197
bb) Exekutive	199
(1) Dienstaufsicht	200
(2) Neues Steuerungsmodell	202
(a) Das Neue Haushaltswesen	203
(b) Moderne Gerichtsorganisation	205
cc) Judikative	207
dd) Sonstige Einwirkungen von außen	210
b) Persönliche Unabhängigkeit	211
c) Institutionelle Unabhängigkeit	214
2. <i>Judicial Independence</i> in den USA	215
a) <i>Institutional Independence</i>	217
b) <i>Decisional Independence</i>	218
aa) Unabhängigkeit von externen Einflüssen	218
(1) Legislative	219
(2) Exekutive	223
(a) Politisierung der Richterschaft	223
(b) Politisch-ideologische Beeinflussung durch die Regierung	224
(c) Einfluss gerichtsverwaltender Organe	227
(3) Judikative	228
(4) Sonstige Einwirkungen	231
bb) Unabsetzbarkeit und Gehälterstabilität	232
3. Vergleich von richterlicher Unabhängigkeit und <i>Judicial Independence</i>	234
D. Andere Internationale Vorgaben	239
I. Vorgaben des Völkerrechts	240
II. Vorgaben des Unionsrechts	242
E. Geographische Eingrenzung der Rechtsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika	243
 Dritter Teil: Gerichtsaufbau	 245
A. Überblick über den Aufbau der deutschen Gerichtsbarkeit	245
I. Verschiedene Gerichtszweige	246
II. Struktureller Aufbau der deutschen Justiz	246
1. Bundesgerichte	247
a) Ordentliche und Fachgerichtsbarkeit	248
b) Bundesverfassungsgericht	249

2. Landesgerichte	251
a) Ordentliche Gerichtsbarkeit	251
b) Fachgerichtsbarkeit	252
c) Landesverfassungsgerichte	252
B. Überblick über den Aufbau der amerikanischen Gerichtsbarkeit	254
I. <i>Jury Trial</i>	255
II. Struktureller Aufbau der amerikanischen Justiz	257
1. Gerichte des Bundes – Aufbau des Bundesgerichtswesens	258
a) <i>Constitutional Courts</i> : Die von der Verfassung vorgesehenen Gerichte	258
aa) <i>U.S. District Courts</i>	261
bb) <i>U.S. Courts of Appeals</i>	264
cc) <i>U.S. Supreme Court</i>	267
(1) Verfassungsrechtliche Grundlagen: Aufgaben, Funktionen und Besetzung des <i>U.S. Supreme Courts</i>	268
(a) Aufgaben und Funktionen	268
(aa) <i>Original Jurisdiction</i> – Erstinstanzliche Zuständigkeit	269
(bb) <i>Appellate Jurisdiction</i> – Rechtsmittelzuständigkeit	271
(b) Besetzung	274
(2) Historische Entwicklung und <i>Judicial Review</i> bis hin zu <i>Marbury v. Madison</i>	275
(a) Historische Betrachtung: Die Anfänge der <i>Judicial Review</i> in den USA	276
(b) Der Einfluss von <i>Chief Justice Marshall</i> : <i>Marbury v. Madison</i>	277
(aa) Inhalt	278
(bb) Rechtliche Würdigung	279
(3) Politisierung der Justiz: <i>Judicial (Self-)Restraint</i> und <i>Judicial Activism</i> als Folgeproblem der <i>Judicial</i> <i>Review</i>	281
(4) <i>Countermajoritarian Difficulty</i>	285
(5) <i>Court Packing</i>	286
(6) Kritik an der Organisation des <i>U.S. Supreme Courts</i>	290
b) <i>Legislative Courts</i> : Spezielle Gerichte des Bundes	290
aa) <i>U.S. Bankruptcy Courts</i>	292
bb) <i>U.S. Courts of Special Jurisdiction</i>	293
2. Staatengerichte	295

a) Gerichtsorganisation in den Einzelstaaten – gemeinsame Schnittstellen	297
aa) <i>Trial Courts</i>	297
bb) <i>Intermediate Appellate Courts</i>	299
cc) <i>Courts of Last Resort</i>	300
b) Struktur der einzelnen amerikanischen Staatengerichte . .	301
3. Abgrenzung der Zuständigkeiten	308
C. Abschließender Vergleich	310
I. Die einfachen Gerichte	311
II. Die Verfassungsgerichte	314
Vierter Teil: Gerichtsverwaltung	319
A. Die Verwaltung deutscher Gerichte	321
I. Gegenstand der Gerichtsverwaltung	321
II. Organe der Gerichtsverwaltung	322
1. Allgemeine Zuständigkeitsregeln	322
2. Gerichtsverwaltende Organe auf zwei Stufen	324
a) Organe der Verwaltung der Bundesgerichte	324
aa) Verwaltungsstruktur des Bundesverfassungsgerichts .	324
bb) Verwaltungsstruktur der einfachen Bundesgerichte . .	326
(1) Aufgabenwahrnehmung durch die Exekutive	327
(2) Aufgabenwahrnehmung durch die Judikative	330
(a) Präsidien	330
(b) Präsidialräte	331
(c) Richterräte	332
(d) Richterdienstgerichte	332
(e) Bundespersonalausschuss	333
(f) Ausschuss der ehrenamtlichen Bundessozialrichter	333
(3) Legislative Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gerichtsverwaltung	333
(4) Richterwahlausschuss	334
b) Organe der Verwaltung der Landesgerichte	336
aa) Verwaltungsstruktur der Landesverfassungsgerichte .	336
bb) Verwaltungsstruktur der einfachen Landesgerichte . .	337
(1) Aufgabenwahrnehmung durch die Exekutive	337
(2) Aufgabenwahrnehmung durch die Judikative	339
(a) Präsidien	340
(b) Präsidialräte	340

(c) Richterräte	341
(d) Richterdienstgerichte	342
(3) Aufgabenwahrnehmung durch die Legislative . . .	343
(4) Gerichtsverwaltung durch Richterwahlausschüsse	344
c) Zusammenfassung	346
III. Bereiche der Gerichtsverwaltung	346
1. Infrastrukturverwaltung	347
2. Ablaufverwaltung	349
3. Personalverwaltung	349
a) Richterbestellung: Wahl und Berufung	350
aa) Bundesverfassungsgericht	350
bb) Oberste Bundesgerichte	352
cc) Landesverfassungsgerichte	354
dd) Gerichte der Länder	355
b) Andere Personalangelegenheiten	356
aa) Beurteilung	357
bb) Beförderung	358
cc) Dienstaufsicht	360
dd) Disziplinarwesen	362
c) Geschäftsverteilung	363
4. Finanzverwaltung	365
IV. Selbstverwaltungsbestrebungen der Richterschaft vs.	
Justizmanagement	367
1. Selbstverwaltungsmodelle	369
a) Diskussionsentwurf des DRB	371
b) Diskussionsentwurf der NRV	373
2. Gerichtsmanagement	376
3. Kombination aus Selbstverwaltung und Gerichtsmanagement	380
B. Die Verwaltung der Gerichte in den USA	383
I. Gegenstand der <i>Court Administration</i>	384
II. Organe der Gerichtsverwaltung in den USA	384
1. Allgemeine Zuständigkeitsverteilung	384
2. Föderative Aufteilung der Gerichtsverwaltung	385
a) Verwaltung der Gerichte des Bundes	386
aa) <i>U.S. Department of Justice</i>	386
bb) Der <i>Chief Justice</i> und sein Verwaltungsstab	387
cc) <i>Administrative Office of the United State Courts</i>	389
dd) <i>Federal Judicial Center</i>	390
ee) <i>Judicial Conference of the United States</i>	391
ff) <i>Judicial Councils</i>	393

b) Verwaltung der Gerichte der Einzelstaaten	393
aa) Verwaltungszuständigkeit der <i>Supreme Courts</i>	394
bb) <i>Clerks of Court</i> und <i>Court Administrators</i>	395
cc) <i>State Court Administrative Offices</i>	397
dd) <i>Judicial Councils</i> und <i>Judicial Conferences</i>	399
III. Bereiche der Gerichtsverwaltung	400
1. Infrastrukturverwaltung	401
2. Ablaufverwaltung	404
3. Personalverwaltung	408
a) Richterbestellung	409
aa) Das U.S.-amerikanische Verständnis vom Richterberuf	410
bb) Einstellungsverfahren der Bundes- und Staatenrichter	411
(1) Bundesrichter	411
(2) Einzelstaatliche Richter	414
(a) Modelle der Richterbestellung –	
Auswahlssysteme	416
(aa) Darstellung der Auswahlmethoden	417
α) Richterwahl durch das Volk	417
β) Leistungsbasierte Wahl nach	
dem <i>Missouri-Plan</i>	418
γ) Legislative und Gubernative	
Richterauswahl	420
δ) Zuordnungsprobleme	421
(bb) Rechtspolitische Würdigung	422
(b) Praktizierte Auswahlssysteme an den <i>Supreme</i>	
<i>Courts</i> der Einzelstaaten	425
b) Andere Personalauswahlangelegenheiten	429
aa) Beurteilungen	429
bb) Beförderung	433
cc) Aufsichts- und Disziplinarmaßnahmen	434
dd) Haftung	439
4. Finanzverwaltung	440
C. Abschließender Vergleich	442
I. Organstruktur	442
II. Gerichtsverwaltende Tätigkeitsfelder	444
1. Infrastruktur- und Ablaufverwaltung	444
2. Geschäftsordnungsautonomie	445
3. Richterbestellung	446
4. Richterbeurteilung und Beförderungsmechanismen	449

5. Kontrolle richterlichen Handelns: Dienstaufsicht und Disziplinarmaßnahmen	450
6. Geschäftsverteilung	451
7. Finanzverwaltung	452
Fünfter Teil: Übertragbarkeit des amerikanischen Gerichtsverwaltungsmodells auf die deutsche Gerichtsbarkeit	453
A. Schwächen der amerikanischen Selbstverwaltung	454
I. Strukturprobleme	455
II. Konfliktpotenzial zwischen Richtern und <i>Court Managern</i>	455
III. Konzentration auf Effizienzgesichtspunkte	456
IV. Eigenes Budgetrecht	457
V. Inhaltliche Kontrolle der Rechtsprechung	457
VI. Politisierung der Justiz	458
B. Verfassungsrechtliche und rechtspolitische Bewertung der Gerichtsverwaltungselemente aus deutscher Perspektive	459
I. <i>Court Manager</i> oder Gerichtsverwalter für deutsche Gerichte?	460
1. Aufgabenspektrum	461
2. Strukturelle Anforderungen an eine zweite Lenkungebene	462
3. Konfliktpotenzial	464
4. Dennoch: Grundsätzliche Notwendigkeit betriebswirtschaftlicher Orientierung	465
a) Erfordernis erweiterter Kenntnisse	466
b) Umfang der Aufgabenwahrnehmung	466
c) Umdenken im Hinblick auf die richterliche Unabhängigkeit	467
II. eJustice	470
III. <i>Caseflow Management</i>	473
1. Ausgestaltung des <i>Caseflow Managements</i> im Vergleich zur deutschen Gerichtsverwaltung	474
2. Eingeschränkte Übertragbarkeit des <i>Caseflow Management</i> -Gedankens auf die deutsche Gerichtsverwaltung	475
a) Vollständigkeitsprinzip	476
b) Vorauswirkungsprinzip	477
c) Der Bestimmtheitsgrundsatz als Bewertungsmaßstab für eine Übertragbarkeit	478
aa) Bestimmtheit und Änderung des Geschäftsverteilungsplanes	478
bb) Änderung der Auslegungstradition des Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	479

(1) Historische Überlegungen	480
(2) Dogmatische Überlegungen	481
(3) Gefahr einer justizinternen Manipulation	483
(4) Rechtspolitische Erwägungen	484
IV. Evaluationen	485
1. Das „Wie“ der Qualitätsmessung	487
a) Das „Produkt“-Kriterium als Bewertungsdeterminante	488
b) Das „Kunden“-Kriterium als Bewertungsdeterminante	490
c) Zusammenfassung	491
2. Institutionelle Einkleidung	492
3. Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit	493
a) Ausarbeitung eines effektiven Evaluationssystems	496
b) Unabhängigkeitskriterium als partielles Interpretationsphänomen	498
V. Budgetierung	501
1. Probleme der selbstständigen Budgetierung deutscher Gerichte	501
2. Partielle Einbindung der Gerichte als Mittelweg	502
3. Anspruchshaltung im Hinblick auf finanzielle Freiheiten	504
VI. Richterbestellung	504
1. Volkswahl und Bestätigungswahl	505
a) Auswahlprozedere	508
b) Bestätigungswahl	509
2. Richterliche Beteiligung an der Richterbestellung nach dem <i>Missouri-Plan</i>	511
3. Verstärkung der Parlamentswahl	513
C. Fazit	514
 Sechster Teil: Schlussbetrachtung	 519
A. Erster Teil	519
B. Zweiter Teil	521
C. Dritter Teil	525
D. Viertes Teil	526
E. Fünfter Teil	530
F. Ausblick	534
 English Summary	 537
 Literaturverzeichnis	 539
 Sachregister	 609

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte(r) Form, alte(r) Fassung
ABA	American Bar Association
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Abs.	Absatz
ADR	Alternative Dispute Resolution
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union vom 1.12.2009
AG	Amtsgericht
AK-GG	Erhard Denninger/Wolfgang Hoffmann-Riem/Hans-Peter Schneider/Ekkehart Stein (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., 3. Aufl. Neuwied/Kriftel 2001 ff. (Stand: 2. Ergänzungslieferung August 2002)
AKV	Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeit
Alt.	Alternative
amtl.	amtlich
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention vom 22.11.1969 (Inkrafttreten am 18.7.1978)
Anm.	Anmerkung
Anschl.	Anschluss
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Administrative Office of the United States Courts
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APA	Federal Administrative Procedure Act
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel, Article
ATJ	Access to Justice
Aufl.	Auflage
B.R.	The United States Bankruptcy Court Reporter (Fallsammlung)
BayAGVwGO	Bayerisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHG	Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof (Verfassungsgerichtshofgesetz)
BBG	Bundesbeamtengesetz

BbgRiG	Richtergesetz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Richtergesetz)
BbgVerf.	Verfassung des Landes Brandenburg
BbgVerfGG	Gesetz über das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg (Verfassungsgerichtsgesetz Brandenburg)
Bd.	Band
BDG	Bundesdisziplinargesetz
BDVR	Bund Deutscher Verwaltungsrichter
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BerlRiG	Berliner Richtergesetz
BerlVerf.	Verfassung von Berlin
BerlVerfGHG	[Berliner] Gesetz über den Verfassungsgerichtshof
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK-GG	Rudolf Dolzer/Klaus Vogel/Karin Graßhof (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattsammlung, Hamburg 1950–1989, 12 Bde., Heidelberg 1989 ff., 25 Bde. (Stand: 183. Ergänzungslieferung März 2017)
BLV	Verordnung über die Laufbahnen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten
BMJV	Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
BPersVG	Bundspersonalvertretungsgesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BremRiG	Bremisches Richtergesetz
BremStGHG	[Bremisches] Gesetz über den Staatsgerichtshof (Staatsgerichtshof-gesetz)
BremVerf.	Verfassung der Freien Hansestadt Bremen
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BT-PIPr.	Plenarprotokoll des Bundestags
BverfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungs-gerichtsgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
B-WRiStaG	Richter- und Staatsanwältegesetz Baden-Württemberg
B-WVerf.	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
B-WVerfGHG	[Baden-Württembergisches] Gesetz über den Verfassungsgerichts-hof (Verfassungsgerichtshofsgesetz)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CBO	Congressional Budget Office
CCJE	Consultative Council of European Judges

CDU	Christlich-demokratische Union
cert. den.	certiorari denied
Cir.	Circuit
CM/ECF	Case Management/Electronic Case Files
Co.	Company
COSCA	Conference of the State Court Administrators
CSM	Consiglio Superiore della Magistratura (Oberster Rat der Gerichtsbarkeit, Italien)
CSP	Court Statistics Project
Ct. Cl.	The United States Court of Federal Claims Reporter (Fallsammlung)
D.C.	District of Columbia (Washington, Regierungssitz der Vereinigten Staaten von Amerika)
DBG	Deutsches Beamtengesetz von 1937
D.C. Code	District of Columbia Code
DDR	Deutsche Demokratische Republik
De-MailG	De-Mail-Gesetz
ders.	derselbe
DGH	Dienstgerichtshof
dies.	Dieselbe(n)
Digifax	Digitales Telefax
DÖD	Der öffentliche Dienst
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRB	Deutscher Richterbund
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entscheidung
e.V.	eingetragener Verein
ebda.	ebenda
Ed.	Edition
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGVP	Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (Inkrafttreten in Deutschland am 3.9.1953)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof (amtl. Gerichtshof)
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EvStL ³	Roman Herzog/Hermann Kunst/Klaus Schlaich/Wilhelm Schneemacher (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, 2 Bde., 3. Aufl. Stuttgart 1987
evtl.	eventuell
f.	folgende(r)
F.3d	Federal Reporter, Third Series

F. Supp.	Federal Supplement (U.S.-amerikanische Fallsammlung)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fed.Cir.	United States Court of Appeals for the Federal Circuit
Fed.R.App.P.	Federal Rules of Appellate Procedure
Fed.R.Civ.P.	Federal Rules of Civil Procedure
Fed.R.Crim.P.	Federal Rules of Criminal Procedure
Fed.R.Ev.	Federal Rules of Evidence bzw. Criminal Rules of Evidence
ff.	fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
FJC	Federal Judicial Center
Fn.	Fußnote
Frhr. v.	Freiherr von
FS	Festschrift
GAO	General Accounting Office
GBO	Grundbuchordnung
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGK	Horst Dreier (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 3 Bde., Tübingen; Bd. I: 3. Aufl. 2013; Bd. II: 3. Aufl. 2015; Bd. III: 2. Aufl. 2008
GKÖD	Walther Fürst (Hrsg.), Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht, Bd. I/4, Berlin 1973 ff. (Stand: Ergänzungslieferung 13/2017)
GO BReg	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GO BVerfG	Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GSA	General Services Administration (Unabhängige Bundesbehörde der Vereinigten Staaten zur Unterstützung der Bundesbehörden)
GStO NW	Geschäftsstellenordnung für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften des Landes Nordrhein-Westfalen
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVVO	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20.3.1935
h. M.	herrschende Meinung
HambRiG	Hamburgisches Richtergesetz
HambVerf.	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
HambVerfGG	Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht
HessRiG	Hessisches Richtergesetz
HessStGHG	[Hessisches] Gesetz über den Staatsgerichtshof (Staatsgerichtshofgesetz)
HessVerf.	Hessische Verfassung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGR	Detlef Merten/Hans-Jürgen Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Band VIII, Heidelberg 2017
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben

Hs.	Halbsatz
HStR ¹	Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III, 1. Aufl. Heidelberg 1988
HStR ²	Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV, 2. Aufl. Heidelberg 1999
HStR ³	Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl. Heidelberg (Bd. II: 2004; Bd. III: 2005; Bd. IV: 2006, Bd. V: 2007; Bd. VI: 2008; Bd. VIII: 2010)
HVerfR ²	Ernst Benda/Werner Maihofer/Hans-Jochen Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl. Berlin/New York 1994
HWPhil	Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, 12 Bde., Basel u. a. 1972
i. d. R.	in der Regel
i. E.	Im Erscheinen
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IBA	International Bar Association
inkl.	inklusive
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (Inkrafttreten in Deutschland am 23.3.1976)
IuK	Informations- und Kommunikationstechnik
JA	Juristische Arbeitsblätter
jM	Juris – Die Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JPE	Judicial Performance Evaluation
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KritJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
L.Ed.	Lawyers' Edition (Entscheidungssammlung)
LEAA	Law Enforcement Assistance Administration
LHO NW	Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen
lit.	littera (Buchstabe)
LJSvG	Landesjustizselbstverwaltungsgesetz
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
lt.	laut
LTO	Legal Tribune Online
LVerf.	Landesverfassung
LVO NW	Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen (Laufbahnverordnung)

m. N.	mit Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Mass.	Massachusetts Supreme Judicial Court
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MMR	MultiMedia und Recht
M-VStGHG	[Mecklenburg-Vorpommersches] Gesetz über den Staatsgerichtshof (Staatsgerichtshofgesetz)
M-VVerf.	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
n. F.	neue(r) Form, neue(r) Fassung
N.Y.	Court of Appeals of the State of New York / New York State
N.Y.U.	New York University
NACA	National Association for Court Administration
NACM	National Association for Court Management
NATCA	National Association of Trial Court Administrators
NCCAO	National Conference of State Court Administrative Officers
NCSC	National Center for State Courts
Nds.	Niedersachsen, niedersächsisch
NdsStGHG	[Niedersächsisches] Gesetz über den Staatsgerichtshof (Staatsgerichtshofgesetz)
NdsVerf.	Niedersächsische Verfassung
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NJ Rev. Stat.	New Jersey Revised Statutes
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-Beil.	Neue Juristische Wochenschrift – Beilage
NK	Neue Kriminalpolitik
Nr.	Nummer
NRV	Neue Richtervereinigung
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSM	Neue(s) Steuerungsmodell(e)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
NWRiG	Richtergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
NWRiStaG	Richter- und Staatsanwältegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NWVerf.	Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
NWVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen
NWVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsgerichtshofgesetz)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
NZZ	Neue Züricher Zeitung
o. ä.	oder ähnlich
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte)

OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster und für das Land Niedersachsen in Lüneburg
PACER	Public Access to Court Electronic Records
PEBB§Y	Personalberechnungssystem
RGBL	Reichsgesetzblatt
resp.	respektive
RiDiszR	Richterdisziplinarrecht
RiWahlG	Richterwahlgesetz
Riz (R)	Registerzeichen beim Bundesgerichtshof für Revisionen in Versetzungs- und Prüfungsverfahren nach dem Deutschen Richtergesetz
Rn.	Randnummer
R-PRiG	[Rheinland-Pfälzisches] Richtergesetz
R-PVerf.	Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz
R-PVerfGHG	[Rheinland-Pfälzisches] Gesetz über den Verfassungsgerichtshof (Verfassungsgerichtshofgesetz)
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Politik
S.	Seite, Satz
S.Ct.	Supreme Court Reporter (Entscheidungssammlung)
S.D.N.Y.	The United States District Court for the Southern District of New York
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
SaarVerf.	Verfassung des Saarlandes
SaarVerfGHG	[Saarländisches] Gesetz über den Verfassungsgerichtshof (Verfassungsgerichtshofgesetz)
SächsVerf.	Verfassung des Freistaates Sachsen
SächsVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen (Sächsisches Verfassungsgerichtshofgesetz)
S-AVerf.	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
S-AVerfGG	Gesetz über das Landesverfassungsgericht [für Sachsen-Anhalt] (Landesverfassungsgerichtsgesetz)
SCAO	State Court Administrative Office(s)
Schl.-HRiG	Schleswig-Holsteinisches Richtergesetz (Landesrichtergesetz)
Schl.-HVerf.	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
Schl.-HVerfGG	Gesetz über des Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz)
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sog.	sogenannt(e/er)
SozSich	Soziale Sicherheit
SPON	Spiegel Online
Stat.	Statute

StGB	Strafgesetzbuch
StGHG	Gesetz über den Staatsgerichtshof (Staatsgerichtshofgesetz)
StPO	Strafprozessordnung
StWStP	Staatswissenschaften und Staatspraxis
ThürRiG	Thüringer Richtergesetz
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
ThürVerf.	Verfassung des Freistaates Thüringen
ThürVerfGHG	Gesetz über den Thüringer Verfassungsgerichtshof (Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetz)
u. a.	unter anderem
U.C.C.	Uniform Commercial Code
U.C.L.A.	University of California, Los Angeles
ÜVerfBesG	Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren
U.S.	United States Reports (Entscheidungssammlung des U.S. Supreme Courts) / United States
U.S.C.	United States Code
U.S. Supreme Court	Supreme Court of the United States of America (Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika)
U.S.-Verf.	Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika
UAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz)
Urt.	Urteil
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
UT Code	Utah Code
u.v.m.	und viele(s) mehr
v.	von, versus (gegen)
VG	Verwaltungsgericht
VGHG NRW	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsgerichtshofgesetz)
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung(en)
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WissR	Wissenschaftsrecht
WJP	World Justice Project
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
Zs. f. Rechtssoz.	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

„*The administration of justice is the firmest pillar of government.*“

– George Washington, Erster Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

„*Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.*“

– Philip Rosenthal, Deutscher Industrieller und Politiker.

Im Vordergrund moderner Rechtsprechung steht der Anspruch der Gerichte, qualitativ gute Rechtsprechung für den Bürger zu gewährleisten¹, das Rechtsschutzbedürfnis des Einzelnen zu wahren und Rechtsfrieden sowie Rechtssicherheit herzustellen². Ein gerichtlicher Prozess wird primär durch die streitentscheidenden Normen bestimmt. Nicht weniger entscheidungserheblich ist indessen die Beeinflussung des Ablaufs der Verhandlung durch justizinterne Werte sowie die Praktiken und Vorgaben der Gerichtsverwaltung, insbesondere der Geschäftsverteilung und der gesamten Arbeitsorganisation³. Reformen, die dort in Ansehung einer steigenden Arbeitsbelastung der Gerichte ansetzen⁴,

¹ Zur Frage der Messbarkeit von Rechtsprechungsqualität siehe *G. Mackenroth*, DRiZ 2000, S. 301 (404); *K. F. Röhl*, DRiZ 2000, S. 220 (228 f.); *U. Berlit*, Betrifft Justiz 70 (2002), S. 319 (325 f.); *E. Alt*, Betrifft Justiz 97 (2009), S. 28 ff.

² Gleichsinnig BVerfGE 1, 433 (437); 107, 395 (401); *G. Roellecke*, DRiZ 1996, S. 174 (175 f.). – Siehe allgemein auch zu den Zwecken der Rechtsprechung, die als zentrales Element die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes als Voraussetzung für Rechtsfrieden in der Gemeinschaft beinhalten, *E. Bernatzik*, Rechtsprechung und materielle Rechtskraft. Verwaltungsrechtliche Studien, 1886, S. 18 f.; aus historischer Perspektive siehe eingehend *E. Kocher*, Funktionen der Rechtsprechung. Konfliktlösung im deutschen und englischen Verbraucherschutzrecht, 2007, S. 276 ff.; *M. Payandeh*, Judikative Rechtserzeugung, 2017, S. 23 ff.; *H. Schulze-Fielitz*, in: H. Dreier (Hrsg.), GG-Kommentar, Bd. III, 3. Aufl. 2018, Art. 92 Rn. 17.

³ Gleichsinnig *G.-P. Calliess*, NJW-Beil. 2014, S. 27 (27).

⁴ Siehe zur steigenden Arbeitsbelastung aufgrund von Personalmangel und steigenden Erledigungszahlen *C. Balzer*, DRiZ 2007, S. 88 ff.; *E. Sift*, DRiZ 2013, S. 120 f.; zur Lage an den Zivilgerichten siehe *F. O. Fischer*, DRiZ 2015, S. 392 ff.; zum Erledigungsdruck, unter dem häufig besonders Proberichter leiden, *C. Grade*, Betrifft Justiz 120 (2014), S. 165 (169). – Beklagt wird „die strukturelle Hinrichtung der Justiz“ überdies vom DRB NRW, vgl. <https://www.drb-nrw.de/component/content/article/345> (19.3.2020). In der Presse wird das Thema

müssen stets den entscheidenden Richter überzeugen und einbeziehen⁵. Die richterliche Unabhängigkeit ist als Grundvoraussetzung für die Rechtsprechung tragender Maßstab für die Richter in Deutschland. Art. 97 Abs. 1 GG garantiert ihre alleinige Unterwerfung unter das Gesetz⁶. Die Unabhängigkeitsgarantie ist mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben demokratischer Legitimation im gewaltenteilenden Verfassungsstaat in einen angemessenen Ausgleich zu bringen⁷. Ansonsten verkommt die ständig wiederkehrende, schon routinemäßige Berufung der Richterschaft auf ihre Unabhängigkeit zum Selbstzweck und als Totschlagargument gegen jede Modernisierung⁸.

in regelmäßigen Abständen aufgegriffen, so bspw. jüngst *K. Johann*, Arbeitsbelastung für die Sozialrichter nimmt stetig zu, in: *WAZ*, 28.3.2017 (abrufbar unter <https://www.waz.de/staedte/bottrop/stress-fuer-sozialrichter-nimmt-zu-id210084471.html>, 19.3.2020). – Zu steigenden Eingangszahlen selbst am BVerfG siehe *H. Sodan/J. Ziekow*, Grundkurs Öffentliches Recht, 7. Aufl. 2016, § 16 Rn. 11.

⁵ So auch *S. Weth*, *ZZP* 120 (2007), S. 135 (156); zum Zusammenhang von richterlicher Ethik und der Ökonomisierung der Justiz bei qualitativer Zunahme gerichtlicher Verfahren und gleichzeitigem Sparzwang *U. Schneider*, *Richterliche Ethik im Spannungsfeld zwischen richterlicher Unabhängigkeit und Gesetzesbindung*, 2017, S. 32 ff.

⁶ Siehe im ersten Zugriff zu richterlichen Unabhängigkeit als tragendes Strukturprinzip im gewaltengliedernden Verfassungsstaat BVerwGE 78, 216 (219); weiterhin *U. Di Fabio*, *HStR*³ II, § 27 Rn. 27 ff.; *S. Haberland*, *DRiZ* 2002, 301 ff. mit Hinweisen auf die Rechtsprechung des BGH; *S. Detterbeck*, in: *M. Sachs* (Hrsg.), *GG-Kommentar*, 8. Aufl. 2018, Art. 97 Rn. 1; *H. D. Jarass/B. Pieroth*, *GG-Kommentar*, 15. Aufl. 2018, Art. 97 Rn. 2 ff.; *H. Schulze-Fielitz*, in: *Dreier* (Hrsg.), *GGK* III (Fn. 2), Art. 97. – Siehe mit weiteren Details Kap. 2 C. V. 1.

⁷ *E.-W. Böckenförde*, *Verfassungsfragen der Richterwahl*. Dargestellt anhand der Gesetzesentwürfe zur Einführung der Richterwahl in Nordrhein-Westfalen, 2. Aufl. 1998, S. 72 f.; *W. Hoffmann-Riem*, *Modernisierung von Recht und Justiz. Eine Herausforderung des Gewährleistungsstaates*, 2001, S. 307; *H.-J. Papier*, *NJW* 2002, S. 2585 (2587); *U. Berlitz*, *Betrifft Justiz* 70 (2002), S. 319 (324 f.), der insbesondere die Rejustierung der Reichweite der Unabhängigkeitsgarantie diskutiert; *K. Fuchs*, *Verfassungsmäßigkeit und Umsetzbarkeit von Modellen für eine selbstverwaltete Justiz in Deutschland*, 2013, S. 115; *F. Brosius-Gersdorf*, *VVDStRL* 74 (2015), S. 169 (217 f.); *M. Minkner*, *Die Gerichtsverwaltung in Deutschland und Italien*, 2015, S. 1 f., 50 ff. – Zur Bedeutung des Spannungsverhältnisses zwischen *Judicial Independence* und *Accountability* U.S.-amerikanischer Richter siehe *J. Zätzsch*, *Richterliche Unabhängigkeit und Richterauswahl in den USA und Deutschland*, 2000, S. 176 ff.; *C. G. Geyh*, *When Courts and Congress Collide. The Struggle for Control of America's Judicial System*, 2006, S. 6 ff.

⁸ Gleichsinnig *R. Voss*, *DRiZ* 1998, S. 379 (381); *W. Hoffmann-Riem*, *DRiZ* 2000, S. 18 (19). Als Selbstzweck darf die richterliche Unabhängigkeit nicht verstanden werden, eine solche Tendenz ist in der richterlichen Argumentation allerdings zu beobachten, siehe dazu *R. Voss*, *DRiZ* 1998, S. 379 (381). Sie wird im Übrigen auch nicht als Grundrecht oder grundrechtsgleiches Recht angesehen, sodass sich Richter zur Durchsetzung ihrer Unabhängigkeit nicht mit Verweis auf Art. 97 Abs. 1 GG mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht wenden können; es bleibt allerdings die Möglichkeit unbenommen, eine

In Ansehung von Bestrebungen, die Verwaltung der Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland zu ökonomisieren und zu professionalisieren, hat der Rechtsbereich der Gerichtsverwaltung eine teils konfliktbeladene Beachtung in der Forschung gefunden⁹. Angesichts der Größe, Komplexität und des Stellenwerts der deutschen Justiz stellt sich insofern die Frage, ob eine moderne und professionalisierte Gerichtsverwaltung am Vorbild der Gerichtsverwaltung in den USA die Effizienz der deutschen Gerichte verbessern könnte¹⁰. Die steigenden Anforderungen in der Justiz, finanzieller Druck, hohe Erledigungszahlen und das zunehmende Erfordernis der Orientierung an Qualitäts- sowie Effizienzgesichtspunkten könnten zumindest mittelfristig ein professionelleres Justizmanagement erfordern¹¹. Vor allem der optimale Einsatz von Ressourcen sollte hier im Vordergrund stehen¹². Unter diesem Gesichtspunkt ist die Ausgestaltung der *Court Administration* in den USA einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. Dies muss vor allem unter Berücksichtigung des hohen Stellen-

Verletzung von Art. 33 Abs. 5, 3 Abs. 1 GG zu rügen. Siehe hierzu BVerfGE 27, 211 (217); *Detterbeck* (Fn. 6), Art. 97 Rn. 7.

⁹ Siehe aus der Literatur zu den NSM als Reformmodell für die Gerichtsverwaltung im Spannungsfeld mit der richterlichen Unabhängigkeit *M. Eifert*, Die Verwaltung 30 (1997), S. 75 ff.; *M. Bertram*, DRiZ 1998, S. 506; *R. Voss*, DRiZ 1998, S. 379 ff.; *J. Grotheer*, DRiZ 1999, S. 458; *F.-J. Mehmel*, Betrifft Justiz 63 (2000), S. 324 ff.; *B. Kramer*, ZZP 114 (2001), S. 267 ff.; *dies.*, NJW 2001, S. 3449 ff.; *J.P. Francken*, NZA 2003, S. 457 ff.; *C. Schütz*, Der ökonomisierte Richter. Gewaltenteilung und richterliche Unabhängigkeit als Grenzen Neuer Steuerungsmodelle in den Gerichten, 2005; *K.F. Röhl*, Ökonomisierung der Justiz und richterliche Unabhängigkeit, in: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa (Hrsg.), Impulse für eine moderne und leistungsstarke Justiz, 2009, S. 103 ff. – Siehe für einen umfassenden Gesamtüberblick zur Verwaltung deutscher Gerichte *F. Wittreck*, Die Verwaltung der Dritten Gewalt, 2006.

¹⁰ Siehe hier bereits zu der Frage nach der Einführung eines Gerichtsmanagers *W. Hoffmann-Riem*, DRiZ 1997, S. 290 ff.; *H. Leeb*, DRiZ 1997, S. 287 ff.; *K.F. Röhl*, DRiZ 1998, S. 241 ff.; *ders.*, JZ 2002, S. 838 ff.; *U. Karpen*, Brauchen wir einen Gerichtsmanager?, in: J. Isensee/H. Lechner (Hrsg.), FS Walter Leisner, 1999, S. 989 ff. Ausführlich zu dieser Fragestellung siehe Kap. 5 B. I. – Siehe allgemein zur ökonomischen Effizienzanalyse des Rechts in den USA *H. Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, 3. Aufl. 2005, S. 404 ff. – Zum Qualitätsmanagement in den USA siehe hier nur *R.J. Stupak/P.M. Leitner*, Quality Improvement, in: *dies.* (Hrsg.), Handbook of Public Quality Management, 2001, S. 2 ff.; *S.W. Hays/J.W. Douglas*, Judicial Administration. Modernization the Third Branch, in: J. Rabin/W.B. Hildreth/G.J. Miller (Hrsg.), Handbook of Public Administration, 3. Aufl. 2007, S. 983 (1014 ff.). – Zu einem europäischen Vergleich der Justizen, in dem Deutschland zumindest nicht als „Sorgenkind“ abschneidet, siehe *R. Gaier*, NJW 2013, S. 2871 (2872 f.).

¹¹ Ähnlich auch *A. Lienhard/D. Kettiger*, Einleitung, in: A. Lienhard u. a. (Hrsg.), Justiz zwischen Management und Rechtsstaat. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Grundlagen guten Justizmanagements in der Schweiz, 2016, S. 1 (10).

¹² *D. Winkler/A. Müller/A. Lienhard/D. Kettiger*, Ressourcen, in: Lienhard u. a., Justiz (Fn. 11), S. 57 ff.

wertes der richterlichen Unabhängigkeit in beiden Rechtsordnungen¹³ und ihrem Verhältnis zur demokratischen Verantwortlichkeit¹⁴ der Richter erfolgen, da sich hieraus die Relevanz der Argumentation um die organisatorische Stellung der Gerichte ergibt¹⁵.

Insofern werden immer wieder die europäischen Rechtsordnungen als Vergleichsmodelle für Modernisierungen der deutschen Gerichtsverwaltung (vor allem im Hinblick auf die Einführung einer selbstverwalteten Justiz¹⁶) herangezogen¹⁷. Rechtsvergleichende Darstellungen mit dem Gerichtssystem in den USA finden sich hingegen deutlich seltener¹⁸, obwohl sich gerade das U.S.-ame-

¹³ Den Zusammenhang zwischen Qualität und Effizienz sowie richterlicher Unabhängigkeit deutet unter anderem *I. Werner*, DRiZ 2015, S. 128 f. an. Die richterliche Unabhängigkeit der U.S.-amerikanischen Richter ergibt sich nicht wie in Deutschland ausdrücklich aus der Verfassung, sondern wird auf Grundlage der Art. I bis III der U.S.-Verf. aus der Eigenständigkeit der Justiz hergeleitet.

¹⁴ Zum spannungsgeladenen Verhältnis von richterlicher Unabhängigkeit und demokratischer Verantwortlichkeit im Sinne der *Judicial Accountability* U.S.-amerikanischer Richter siehe hier zunächst nur *Zätzsch*, Unabhängigkeit (Fn. 7), S. 176 ff.

¹⁵ Siehe hierzu *M. Eifert*, Die Verwaltung 30 (1997), S. 75 ff.; *H. Weber-Grellet*, DRiZ 2003, S. 303 (308).

¹⁶ Im europäischen Vergleich kommt der deutschen Rechtsordnung (neben der finnischen, der österreichischen und der tschechischen) eine Sonderstellung zu, da sich in den meisten Ländern der EU ein System der Selbstverwaltung der Gerichte etabliert hat. Siehe *M. Jeschke*, KritV 93 (2010), S. 233 ff.; *R. Poseck*, Selbstverwaltung der Justiz Zukunft oder Irrweg?, in: *M. Demels/S. Heck/T. Schäfer* (Hrsg.), FS Christean Wagner, 2013, S. 177 (182); *Minkner*, Gerichtsverwaltung (Fn. 7), S. 5. – *Wittreck*, Verwaltung (Fn. 9), S. 611 ff. stellt Tschechien als den „Prototyp einer exekutiven Gerichtsverwaltung“ dar.

¹⁷ Siehe bspw. *N. Behrend*, Betrifft Justiz 47 (1996), S. 348 ff.; *H. Häuser*, Betrifft Justiz 72 (2002), S. 426 ff.; *G. Oberto*, ZRP 2004, S. 207 ff. Insbesondere die italienische Gerichtsverwaltung gilt hier zum Teil als Maß aller Dinge, was die vergleichsweise beachtliche Fülle an rechtsvergleichender Literatur angeht. Monographien sind indessen vergleichsweise marginal vorhanden. Siehe beispielhaft die Untersuchung von *Minkner*, Gerichtsverwaltung (Fn. 7), S. 5 m. w. N. Ein Exot im europäischen Rechtsvergleich stellt überdies die Arbeit von *A. v. Bernstorff*, Die Gerichtsverwaltung in Deutschland und England, 2018 dar, der als einer von wenigen die englische Gerichtsverwaltung untersucht. Siehe rechtsvergleichend zur französischen Verwaltung der Gerichte *L. C. Faissner*, Die Gerichtsverwaltung der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Frankreich und Deutschland, 2018. Zahlreiche Sammelbände untersuchen überdies vor allem Einzelfragen der Gerichtsverwaltung im europäischen Vergleich, so bspw. *M. Jeschke*, Justizielle Autonomie in Europa, 2016, S. 19 ff.; *S. Taal u. a.*, Prozesse, in: *Lienhard u. a.*, Justiz (Fn. 11), S. 77 (80 ff.); siehe auch die entsprechenden Beiträge in englischer Sprache in *A. Seibert-Fohr* (Hrsg.), *Judicial Independence in Transition*, 2012.

¹⁸ Entsprechende Monographien beschränken sich regelmäßig auf die Darstellung der verfassungsrechtlich prekären Frage der Richterwahl oder beschäftigen sich mit Einzelfragen der Verfassungsgerichtsbarkeit, siehe *U. Kayser*, Die Auswahl der Richter in der englischen und amerikanischen Rechtspraxis, 1969; *Zätzsch*, Unabhängigkeit (Fn. 7); *S.-P. Hwang*, Verfassungsgerichtlicher Jurisdiktionsstaat? Eine rechtsvergleichende Analyse zur Kompe-

rikanischen Modell der Gerichtsverwaltung mit Blick auf die stetig wieder aufkeimende Qualitätsdiskussion in der deutschen Rechtsliteratur anbietet (B.). Die intervallartigen Reformmodelle der deutschen Gerichtsverwaltung dienen als Ausgangspunkt für den Rechtsvergleich mit den Gerichtsverwaltungsstrukturen in den USA, um konkrete Sachprobleme und Einzelfragen im Rahmen eines Mikrovergleichs zu beleuchten (A.). Schließlich bietet die Darstellung des Gangs der Untersuchung einen ersten Einblick in den strukturellen Aufbau der vorliegenden Arbeit (C.).

A. Rechtsvergleich und Sprachbewusstsein

Im Gegensatz zu einem Makrovergleich, der allgemeine Methoden einer Rechtsordnung im Hinblick auf Streitbeilegung und Entscheidungsfindung sowie der generellen juristischen Arbeit untersucht¹⁹, bezieht sich der Rechtsvergleich der vorliegenden Arbeit auf die Betrachtung konkreter Einzelprobleme der Gerichtsverwaltung. Ob die Modelle der *Court Administration* vor dem Hintergrund verfassungsrechtlicher Unterschiede in der deutschen und der U.S.-amerikanischen Rechtsordnung in die deutsche Gerichtsverwaltung implementiert werden können, ist im Wege eines Mikrovergleichs zu analysieren. Die Lösung der Frage nach der Ausgestaltung gerichtsverwaltender Strukturen und Mechanismen führt jedoch über die Makroperspektive der verfassungsrechtlichen Grundkonzeption beider Rechtsordnungen²⁰. Die verfassungsrechtlichen Vor-

tenzabgrenzung von Verfassungsgericht und Gesetzgeber in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, 2005; *S. v. Hoff*, Die Rolle des US-Supreme Court im Prozess der Verfassungsänderung in den Vereinigten Staaten von Amerika, 2008; *M. Kau*, United States Supreme Court und Bundesverfassungsgericht. Die Bedeutung des United States Supreme Court für die Errichtung und Fortentwicklung des Bundesverfassungsgerichts, 2007; *E.-M. Steinberger*, Umfang und Grenzen der Kritik an Richtern in Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, 2010; *N. Schreier*, Demokratische Legitimation von Verfassungsrichtern, 2016. – Aus der allgemeinen Literatur zur Gerichtsverwaltung in den USA sticht die recht veraltete, aber beispiellose Analyse von *K. F. Röhl*, Gerichtsverwaltung und Court-Management in den USA – Vom Effizienzmanagement zum Qualitätsmanagement, 1993 hervor, der sich allerdings auf deskriptive Schilderungen der Gerichtsverwaltungsstrukturen in den USA beschränkt, ohne ein dezidiertes Übertragungsmodell zu entwickeln.

¹⁹ Vgl. *M. Rheinstejn/R. v. Borries/H.-E. Niethammer*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 1987, S. 33 ff.; *K. Zweigert/H. Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 3. Aufl. 1996, S. 4.

²⁰ Siehe zu der fließenden Grenze zwischen Makro- und Mikrovergleich in der Rechtsvergleichung *Rheinstejn/v. Borries/Niethammer*, Einführung (Fn. 19), S. 31; *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 5.

gaben für die in die Gerichtsverwaltung involvierten Staatsgewalten siedeln sich im Spannungsfeld von Demokratieprinzip und richterlicher Unabhängigkeit sowie der Garantie des gesetzlichen Richters an²¹. Zunächst müssen jedoch die methodischen (I.) und sprachlichen (II.) Parameter der rechtsvergleichenden Untersuchung abgesteckt werden.

I. Methodik des Rechtsvergleichs

Obwohl sich die moderne Rechtsvergleichung als Bestandteil der Rechtswissenschaft seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts etabliert hat und stetig weiterentwickelt²², ist eine einheitliche Methodik nicht ersichtlich²³. Vielmehr streiten sich die Vertreter der traditionellen funktionalen Methode und diejenigen der postmodernen Methode um den methodischen Ansatz einer internationalen rechtsvergleichenden Untersuchung²⁴. Die (auch im öffentlichen Recht) herrschende²⁵ funktionale Methode hält nur solche Rechtsinstitute für vergleichbar, die in den zu vergleichenden Rechtsordnungen die gleichen Funktionen bzw. Aufgaben erfüllen²⁶. Es ist mithin ein gleiches Grundproblem erforderlich²⁷, von dem ausgehend das Ziel der Suche nach „besserem Recht“ verfolgt wird²⁸. Postmoderne Ansätze jedoch lehnen die Lehre des Funktionalismus ab und be-

²¹ Ähnlich auch die methodischen Vorüberlegungen bei *Minkner*, Gerichtsverwaltung (Fn. 7), S. 23, der überdies darauf hinweist, dass die Beobachtungsperspektive im Rechtsvergleich nicht stringent einzuhalten ist.

²² Siehe im Überblick zur historischen Entwicklung der Rechtsvergleichung *Rheinstein/v. Borries/Niethammer*, Einführung (Fn. 19), S. 37 ff.; *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 2 ff., 47 ff.

²³ Zum Methodenproblem siehe *U. Kischel*, Rechtsvergleichung, 2015, § 3 Rn. 1 f.; ausführlich auch *C.-D. Busse*, Die Methoden der Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht als richterliches Instrument der Interpretation von nationalem Recht, 2015, S. 28 f.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 281 ff., 327 ff.

²⁴ Siehe im Überblick zu den unterschiedlichen methodischen Ansätzen in der Rechtsvergleichung *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 6 ff.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 17 ff.

²⁵ So *A. Tschentscher*, JZ 2007, S. 807 (811); *Busse*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), S. 28 f.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 341.

²⁶ Untrennbar mit der funktionalen Rechtsvergleichungsmethode verbunden sind *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 33; siehe weiterhin *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 3 ff.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 18.

²⁷ Dem *tertium comparationis* liegt die Vorstellung zugrunde, dass in allen Rechtsordnungen für dieselben sozialen Probleme auch zumindest ähnliche Problemlösungen bereitgestellt werden, vgl. *Busse*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), S. 28 f.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 18.

²⁸ Zum Begründungsansatz der funktionellen Methode *Busse*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), S. 342 ff.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 18.

ziehen den politischen, sozialen und kulturellen Kontext einer Rechtsnorm im Sinne einer „organischen Rechtsauffassung“²⁹ in den Rechtsvergleich ein³⁰.

Die eigene kulturelle und juristisch-dogmatischen Vorprägung im Rahmen eines Rechtsvergleichs unberücksichtigt zu lassen – wie von der Lehre des Funktionalismus gefordert³¹ –, stellt sich als nahezu unlösbares Problem heraus. Eine neutrale Vergleichbarkeit von zwei Rechtsordnungen ist daher fast unmöglich³², sodass im Folgenden lediglich die Annäherung an eine objektive Vergleichung im Rahmen einer kaum auszumerzenden „dogmatischen Befangenheit“³³ erfolgen wird, ohne sich völlig von der funktionalen Methode zu entfernen³⁴. Die Einflüsse der deutschen Rechtskultur³⁵ geben dabei zumindest das Raster des folgenden Rechtsvergleichs vor, ohne dass allerdings selbstkritische Hinterfragungen der eigenen Rechtsordnung ausbleiben werden, um dem Problem des „rechtskulturellen Imperialismus“ vorzubeugen³⁶. Insbesondere Ausführungen zum U.S.-amerikanischen Richterwahlsystem sowie zur Bedeutung des Verhältnisses von richterlicher Unabhängigkeit und demokratischer Legitimation richterlichen Handelns in der U.S.-amerikanischen Rechtsordnung erfolgen zwangsläufig aus deutscher Sicht, die durch eine eigene Subjektivität geprägt ist³⁷. Die Einbettung der zu begutachtenden Rechtsinstitute in einen sozio-politischen, philosophischen und vor allem historischen Kontext ist dabei unerlässlich³⁸. Die Organisation der Justiz birgt insbesondere stets auch einen rechts-

²⁹ So *D. Richers*, ZaöRV 67 (2007), S. 509 (521 ff.); siehe ferner *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 28.

³⁰ Zur postmodernen Kritik am Funktionalismus siehe *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 23 ff.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 19.

³¹ Vgl. *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 34.

³² Vgl. auch *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 186 ff.; *Minkner*, Gerichtsverwaltung (Fn. 7), S. 23; zur Bedeutung der eigenen kulturellen und juristischen Sozialisation siehe auch *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 20.

³³ Im Sinne von *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 34 muss es Ziel des Rechtsvergleichers sein, sich von dieser Befangenheit zu lösen und die „Brille seiner eigenen Rechtsordnung“ abzulegen (letzteres Zitat auf S. 33). Dies kann m. E. jedoch nur bis zu einem bestimmten Grad gelingen.

³⁴ Für eine methodisch pluralistische Vorgehensweise setzt sich auch *Busse*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), S. 387 ff. ein.

³⁵ Kritisch *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 227 f., § 4 Rn. 45 f.

³⁶ Diese Terminologie ist geprägt durch die Problematisierung von *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 2 Rn. 11, der davor warnt, „die eigene Lösung, das eigene Recht grundsätzlich und kurzerhand für besser, sinnvoller, sachgerechter“ zu halten (Zitat in Rn. 11).

³⁷ Instruktiv zu dieser Perspektive auch *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 20 f.; siehe überdies den Ansatz bei *S. Baer*, ZaöRV 64 (2004), S. 735 (745).

³⁸ Dies wird auf den Punkt gebracht von *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 22: „Die Einbettung der Norm in ihren Kontext ermöglicht es, die Verzerrung der Normbedeutung durch die subjektive Interpretation des ausländischen Betrachters einzuschränken.“ Dies gilt im

politischen Charakter, da sie das Verhältnis vom Staat zum Bürger betrifft. Eine verfassungsrechtliche Bewertung der Implementierung von Selbstverwaltungs- und Betriebswirtschaftsstrukturen in die Justiz ist mithin auch verfassungspolitischer Natur³⁹. Insbesondere birgt die starre Beharrlichkeit der funktionalen Rechtsvergleichung die Gefahr, Problemkreise zu übersehen, die nicht unter derselben Funktion firmieren⁴⁰. Ein Verständnis verfassungsrechtlicher Unterschiede in der deutschen und U.S.-amerikanischen Rechtsordnung kann anderweitig kaum geschaffen werden. Nur so ist es möglich, den rechtswissenschaftlichen Blick für alternative rechtliche Zugriffsmodelle auf die Gerichtsverwaltung und eine etwaige Übertragbarkeit gerichtsverwaltungsrechtlicher Strukturen in den USA zu schärfen⁴¹. Eine Rechtsvereinheitlichung intendiert die vorliegende Untersuchung indessen nicht⁴².

II. Sprachbewusstsein

Ein dem internationalen Rechtsvergleich gleichermaßen innewohnendes Problem ist die sprachliche Barriere zwischen zwei Rechtsordnungen, deren Vergleichbarkeit eine Präzisierung des eigenen Sprachbewusstseins notwendig macht⁴³. Die Bedeutung, die der Verfasser eines Rechtsvergleichs einem Terminus beimisst, der in einer anderen Sprache niedergeschrieben ist, ist stets auch

Übrigen nicht nur für explizite Rechtsnormen, sondern gleichermaßen für Verfassungsprinzipien als Ganzes. – Siehe zum Zusammenhang von Rechtsvergleichung und Rechtshistorie eingehend *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 8 ff.; *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 1 Rn. 27 ff. – Siehe überdies zur Notwendigkeit der Berücksichtigung rechtsphilosophischer Fragestellungen *Rheinstein/v. Borries/Niethammer*, Einführung (Fn. 19), S. 18 ff.

³⁹ Gleichsinnig *S. Müller-Franken*, Verfassungsvergleichung, in: O. Depenheuer/C. Grabenwarter (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 26 Rn. 45; *Minkner*, Gerichtsverwaltung (Fn. 7), S. 22.

⁴⁰ Ähnlich auch *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 33.

⁴¹ Siehe zum Stichwort der Selbstreflexion *S. Baer*, ZaöRV 64 (2004), S. 735 (751 f.). – Zu der grundsätzlichen Möglichkeit eine Rechtsübernahme siehe instruktiv *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 2 Rn. 34 ff.

⁴² Siehe zur Vereinheitlichung bzw. Harmonisierung des Rechts als eines der Ziele von rechtsvergleichenden Untersuchungen *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung (Fn. 19), S. 23 ff.; *F. Fromholzer*, Considerations. US-amerikanisches Recht im Vergleich zum deutschen, 1997, S. 1 ff.; *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 2 Rn. 41 ff. – Siehe beispielhaft zur Idee der „Wiederbelebung eines gesamteuropäischen ius commune“ nach U.S.-amerikanischem Vorbild *M. Reimann*, Amerikanisches Privatrecht und europäische Rechtseinheit – Können die USA als Vorbild dienen?, in: R. Zimmermann (Hrsg.), Amerikanische Rechtskultur und europäisches Privatrecht. Impressionen aus der neuen Welt, 1995, S. 132 ff.

⁴³ Siehe hierzu und zum Folgenden eingehend *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 1 Rn. 20 ff.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 22 ff.

durch die Bedeutung in der eigenen Sprache eingefärbt⁴⁴. Es muss berücksichtigt werden, dass jede Terminologie in einen in der Rechtsordnung verankerten spezifischen sprachlichen Bedeutungszusammenhang eingebettet ist und von diesem nur schwer gelöst werden kann. Eine Übersetzung von U.S.-amerikanischen Begriffen in Rechtsnormen und von Rechtsinstituten ist also nicht immer ratsam. Durch eine Übersetzung wird nicht selten der Sinnzusammenhang eines ausländischen Begriffs verkürzt oder ein Begriff in einen neuen, unzutreffenden Bedeutungszusammenhang eingefügt⁴⁵. Eine Übersetzung der U.S.-amerikanischen Terminologie der *Court Administration* mit dem deutschen Begriff der Gerichtsverwaltung ist unter anderem beispielsweise bereits schon deshalb zu vermeiden, da die rechtstheoretischen und rechtskulturellen Vorgaben beider Rechtsinstitute verschieden sind. Es würde möglicherweise der falsche Eindruck entstehen, dass sich die Ausgestaltung von Zuständigkeit und Kompetenzen decken. Die Arbeit mit englischsprachigen Originalquellen aus der Binnenperspektive ist daher ebenso unerlässlich wie der Verzicht auf eine wortwörtliche Übersetzung von Fachbegriffen, um einen Zugang zu sprachkontextuellen und kulturellen Hintergründen von Rechtsinstituten zu kreieren⁴⁶. Eine Erläuterung von missverständlichen Begriffen wird sich im Verlauf der Arbeit stets finden, sofern diese im Original belassen oder übersetzt wurden.

Im Original belassen werden überdies die in den USA üblichen Zitierweisen von Gesetzesbestimmungen⁴⁷ und Gerichtsentscheidungen⁴⁸. Lediglich die in

⁴⁴ Siehe zu dem linguistischen Problemkreis der Rechtsvergleichung anschaulich *R. Sacco/P. Rossi*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 3. Aufl. 2017, S. 40 ff.

⁴⁵ *B. Großfeld*, Macht und Ohnmacht der Rechtsvergleichung, 1984, S. 149 ff.; *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 203; zu den Grenzen juristischer Übersetzungen auch anschaulich *Sacco/Rossi*, Einführung (Fn. 44), S. 52 ff.

⁴⁶ Vgl. *Kischel*, Rechtsvergleichung (Fn. 23), § 3 Rn. 210 ff.; *Schreier*, Legitimation (Fn. 18), S. 23.

⁴⁷ Die Vorgehensweise in den USA gibt zunächst die Nummer des Bandes, dann den Namen des Gesetzes und sodann den konkreten Paragraphen an. Im Bundesrecht finden sich bspw. die einschlägigen Vorschriften der Gerichtsorganisation in 28 U.S.C. §§ 1 ff. Die Verwendung entsprechender Kürzel wie „ff.“ ist in den USA indessen unüblich, sodass es sich insofern um eine deutsche Anpassung handelt, vgl. auch *T. Reinbacher*, Das Strafrechtssystem der USA. Eine Untersuchung zur Strafgewalt im föderativen Staat, 2010, S. 18, 21.

⁴⁸ Entscheidungen werden zunächst unter Nennung der beteiligten Parteien zitiert, es folgt die Nummer des Bandes, die Entscheidungssammlung, die Anfangsseite und durch ein Komma getrennt die konkrete Fundstelle sowie in Klammern das Entscheidungsjahr. So bspw. eine der wichtigsten Entscheidungen des *U.S. Supreme Courts*, von dem die mit Abstand am häufigsten rezipierten Urteile stammen, *Roe v. Wade*, 410 U.S. 113, 15 (1973). Ist eine Entscheidung bisher nicht in einer der amtlichen Sammlungen (wie S.Ct. oder L.Ed.) veröffentlicht, wird dies durch einen langen Unterstrich anstelle einer Seitenangabe gekennzeichnet, vgl. *Trump v. International Refugee Assistance Project*, 582 US __ (2017). – Siehe zum Gewicht der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung in den USA im Vergleich zur juris-

Zeitschriften veröffentlichten Literaturbeiträge weichen in ihrer Zitierweise von der in den USA üblichen Art ab⁴⁹, um sie für den deutschen Leser nachvollziehbar und besser auffindbar zu gestalten⁵⁰. Wenn möglich wird überdies auf die Verortung bestimmter (verfassungs-)rechtlicher Problemschwerpunkte in den Rechtsordnungen hingewiesen, da es bisweilen auffällig sein kann, welches Gewicht eine Rechtsordnung im Vergleich zu einer anderen bestimmten Rechtsproblemen einräumt⁵¹.

B. Evolution und Revolution einer Reformdebatte

Zentraler Punkt der Reformdebatten der deutschen Gerichtsverwaltung ist die Forderung nach einer sich selbstverwaltenden Richterschaft⁵². Das forcierte Bedürfnis der Justiz nach Selbstverwaltung wird seit den 1950er-Jahren regelmäßig durch verschiedene Kontrapunkte begleitet, die scheinbar konsequent auf das im Fokus stehende Thema zurückleiten⁵³. Inzwischen haben entsprechende Forderungen längst eine politische Dimension erreicht⁵⁴. Der DRB fordert in seinem Positionspapier vom November 2011 die Herauslösung der Gerichtsverwaltung aus der Exekutive und einen Justizverwaltungsrat als Selbstverwaltungsorgan auf Landesebene⁵⁵. Auch die NRV sieht die strukturelle und institu-

tischen Sekundärliteratur im ersten Zugriff *E.D. Re*, St. Thomas Law Review 15 (2002), S. 265 (267 ff.); *G.P. Fletcher/S. Sheppard*, American Law in a Global Context. The Basics, 2005, S. 8.

⁴⁹ Anschaulich im Gesamten zu den Zitierkonventionen in Deutschland und den USA *Reinbacher*, Strafrechtssystem (Fn. 47), S. 17 ff.

⁵⁰ In der U.S.-amerikanischen Zitierweise wird nach der Nennung des Verfassers die Nummer der Ausgabe der Zeitschrift, dann der verkürzte Name der Zeitschrift, die Anfangsseite, die konkrete Seite und schließlich das Erscheinungsjahr in Klammern aufgeführt. Abweichend ist die an deutsche Zitierkonvention angepasste Zitierweise folgendermaßen: *E.D. Re*, St. Thomas Law Review 15 (2002), S. 265 (265 ff.). Sie enthält insbesondere eine ausgeschrieben Form des Zeitschriftentitels.

⁵¹ Hinzuweisen sei an dieser Stelle nur auf die treffende Feststellung von *S. Baer*, ZaöRV 64 (2004), S. 735 (741): „Wissensarchitektur entscheidet über Wahrnehmung und Wertung“.

⁵² Im ersten Zugriff zu den Selbstverwaltungsmodellen aus einer kritischen Perspektive siehe *Fuchs*, Verfassungsmäßigkeit (Fn. 7), S. 26 f., 137 ff.

⁵³ Statt vieler hier nur *G. Mackenroth/H. Teetzmann*, ZRP 2002, S. 337 ff.; siehe eingehend Kap. 4 A. IV. III.

⁵⁴ Siehe zu den Reformprojekten bezüglich der Selbstverwaltung der Gerichte in Schleswig-Holstein und Hamburg *T. Steffen*, KritV 91 (2008), S. 354 ff.; *G. Mackenroth*, DRiZ 2009, S. 79 (81 ff.); *Poseck*, Selbstverwaltung (Fn. 16), S. 184; *Fuchs*, Verfassungsmäßigkeit (Fn. 7), S. 26 f. fasst das Politikum der Selbstverwaltungsdebatte anschaulich zusammen; ähnlich auch *Minkner*, Gerichtsverwaltung (Fn. 7), S. 2 ff.

⁵⁵ Der „Entwurf für ein Landesgesetz zur Selbstverwaltung der Justiz“ (Landesjustiz-

Sachregister

Die kursiv gesetzten Ziffern beziehen sich auf den U.S.-amerikanischen Teil

- Ablaufverwaltung 349, 404ff., 444 f.
Access to Justice 188f.
Administrative Office of the United State Courts 86f., 227f., 437ff.
Amtsenthebungsverfahren 177f., 173, 362f.; *siehe auch Impeachment*
Amtshaftung der Richter 139, 439f., 511
Arbeitspensum 11, 495; *siehe auch Erledigungszahlen*
Aufbau der Gerichtsbarkeit, *siehe* Gerichtsaufbau
Ausschuss der ehrenamtlichen Bundessozialrichter 333
- Bankruptcy Courts* 292f.
Beamtenum 376, 450
Beförderung 171, 322, 349, 358 f., 433f., 449 f., 496
Berufsethos 379
Besoldung 14, 212 f., 216, 374
Bestätigungswahl, *siehe Retention Election*
Bestimmtheitsgrundsatz 478 ff.
Beurteilung 171, 201 f., 208, 329, 342, 357 f., 429ff., 449 f.
Bill of Rights 256
Budgetierung 73, 203 f., 222, 366, 381, 394, 440, 501 ff.
Bundesgerichte 247 ff., 258ff., 311 ff.
Bundespersonalausschuss 333
Bundesverfassungsgericht 129, 162, 138, 249 f., 275, 314 ff., 324 ff., 350 ff., 363
- Case Law*, *siehe Common Law*
Caseflow Management 13, 59ff., 94, 401, 405f., 451, 473 ff.
- Checks and Balances* 159, 172ff., 182ff., 215f., 257, 457
– *Separation of Powers* 172f., 181, 184
Chief Justice 74, 86f., 222, 228, 383, 387ff., 395f., 397f., 407, 455
Clerk of Court 67, 72, 83, 87, 387ff., 395ff., 443
Code of Conduct, *siehe Judicial Conduct*
Common Law 51f., 75, 98ff., 158, 223, 237, 410, 458
– *Case Law* 99ff.
– *Statutory Law* 101ff.
Constitutional Courts 258ff., 294
Consultative Council of European Judges 371
Controlling 12, 204 f., 367 f., 376 ff., 487, 492 ff., 503 f.
Countermajoritarian Difficulty 153ff., 285f.
Court Administration 9, 50ff., 60ff.
– Abgrenzung 65ff.
– Begriff 50ff., 66f.
– Bereiche 51ff., 384ff.
– Einordnung ins Gewaltengefüge 145, 180ff.
– Übersetzung 9, 50f.
Court Administrator 39, 60, 72ff., 229, 395ff., 451
Court Management 65f., 68ff.
– an deutschen Gerichten 459 ff.
– Begriff 65, 68
– Entwicklung 68ff., 82ff.
– Gefahren für die richterliche Unabhängigkeit 229, 236, 407, 464 ff.
– Strukturprobleme 93f., 455

- Court Manager* 72ff., 402f., 455ff.
 – Einführung in Deutschland 380 ff., 460 ff.
Court Packing 224f., 286ff.
Courts of Appeals 271ff., 299f.,
Courts of Last Resort 300f.
- Demokratieprinzip 107 ff., 144ff., 367, 459
 Demokratische Legitimation 108 ff., 143ff.
 – *siehe auch* *Judicial Accountability*
 – der dritten Gewalt 125 ff., 148ff.
 – funktionell-institutionelle Legitimation 113 f., 125 f.
 – personell-organisatorische Legitimation 115 f., 126 ff.
 – sachlich-inhaltliche Legitimation 116 ff., 136 ff.
 – von gerichtsverwaltender Tätigkeit 111 ff., 141 ff., 145ff., 160ff.
 Dezentralisierung 205, 377, 380 f.,
 Dienstaufsicht 47, 142, 200ff., 230, 337, 360 f., 384, 434ff., 450 f.
 – Verhältnis zur richterlichen Unabhängigkeit 200 ff., 361
 Dienstaufsichtsbeschwerde 45
Dissenting Opinion 274
District Courts 261ff., 294, 406
 Disziplinarwesen 163, 186 f., 221, 233, 332, 362, 434ff., 515
 DRB 10 ff., 371 ff.
 – Diskussionsentwurf 371 ff.
 – Reformdebatte 10 ff., 367 ff.
 – Selbstverwaltungsmodelle 369 ff.
 Drittes Reich 80 f.
- Effizienz der Justiz 3 f., 12, 37, 68f., 93f., 122, 190, 319, 377, 384, 456 ff., 484 f.
 E-Justice 14, 348, 403, 445, 470 ff.,
 Elektronische Akte, *siehe* E-Justice
 Elektronischer Rechtsverkehr, *siehe* E-Justice
 Erledigungszahlen 3, 11, 48, 94, 202 ff., 365, 377 f.,
Error Correction 267; *siehe auch* Fehlerkorrektur
 Evaluationen 15, 94, 148, 206, 405, 430ff., 456, 485 ff.; *siehe auch* *Judicial Performance Evaluation*
- Exekutive, *siehe* Verwaltung
 Fachgerichtsbarkeit 248 f., 252, 335
Federal Judicial Center 87, 390f., 405, 408
 Fehlerkorrektur 265, 267
 Finanzverwaltung 365 ff., 440ff., 452, 501 ff.
 Föderalismus 173f., 183, 247 ff., 311, 317ff.
 Frauenquote 353 f., 447
 Freiwillige Gerichtsbarkeit 38 ff.
- Gerichtsaufbau 245 ff., 254ff.
 Gerichtsmanagement 12, 13, 49, 190, 205 ff., 376 ff., 461 ff.
 Gerichtspräsident 46, 322 f., 327 ff., 337 ff.
 Gerichtsverfassung 79, 96 f., 439, 465
 Gerichtsverwaltung 17 ff., 45 ff., 50ff., 321 ff., 383ff.
 – *siehe auch* *Court Administration*
 – Abgrenzung zur Justizverwaltung 41 ff.
 – Begriff 18 ff., 45 ff.
 – Bereiche 46 ff., 72ff., 346 ff., 400ff.
 – Entwicklung 77 ff., 82ff.
 – Organe 322 ff., 384ff.
 – Rechtsfürsorge 38 ff.
 – Zweispurigkeit 324 ff.
 Geschäftsordnungsautonomie 445f., 349
 Geschäftsverteilung 50, 61, 189 f., 363 ff., 405 f., 451 ff., 474 ff.; *siehe auch* *Caseflow Management*
 Gesetzgebung 19, 25, 104ff., 166
 Gesetzlicher Richter 189 ff., 363, 451, 459, 474 ff.
 Gewaltenteilungsprinzip 31 f., 164 ff., 172ff., 375
 – Checks and Balances, *siehe* ebd.
 – Gewaltenverschränkung 164 ff., 182 ff.
 – Stellung der Judikative 170 ff.
 Gewaltenverschränkung, *siehe* Gewaltenteilungsprinzip
Grand Jury, *siehe* *Jury Trial*
- Haftung des Richters, *siehe* Amtshaftung
 Haushaltsverwaltung 47, 366, 369, 504
 Hausverwaltung, *siehe* Infrastrukturverwaltung

- Impeachment* 177f., 219f., 437f.; *siehe auch* Richteranklage
- Inamovibilität 211 f.
- Informationstechnik 206, 348, 402
- Infrastrukturverwaltung 347f., 401ff., 444 f.
- Inherent Powers* 106, 441, 504
- Instanzenzug 245 ff., 254ff., 269ff., 457
- Intermediate Appellate Courts* 264ff., 271ff., 299f.
- Judicial Accountability* 146ff., 233, 423f., 434
- Normverwerfungskompetenz der U.S.-amerikanischen Gerichte 147, 152ff., 179, 275ff.
 - Problem der Richterauswahl 148ff., 458
- Judicial Administration* 65f., 67
- Judicial Conduct* 105, 217, 230f., 435
- Judicial Conference of the United States* 87f., 227f., 391f., 435
- Judicial Councils* 230, 393, 399f., 437
- Judicial Independence*, *siehe* Richterliche Unabhängigkeit
- Judicial Performance Evaluation* 94, 148, 430ff., 486
- Judicial Power* 53
- Judicial Resistance* 181
- Judicial Review*, *siehe* U.S. Supreme Court
- Judikative, *siehe* Rechtsprechung
- Jury Management* 401, 405
- Jury Trial* 255ff.
- Justizgewährleistungsanspruch 185 ff., 188f., 381, 484
- Justizminister 127 f., 328,
- Justizministerium 86, 214, 322f., 356
- Justizräte 374, 399, 409
- Justizverwaltung 41 ff., 66ff.
- Materielle Justizverwaltung 42 ff.
 - Formell-institutionelle Justizverwaltung 44 f.
- Justizverwaltungsrat 10, 371 ff., 501
- Kabinettsjustiz 78, 190, 480, 494
- Kernbereichslehre 168 ff., 177, 361
- Kontrollmechanismen 200 ff., 230, 450 ff.
- Kooptationsverbot 133 ff., 160f.
- Laienrichter 255, 415
- Landesgerichte 127 f., 251 ff., 336 ff.
- Landesverfassungsgerichte 252 ff., 336, 354 f.
- Law Clerk*, *siehe* Clerk of Court
- Legislative, *siehe* Gesetzgebung
- Legislative Courts* 290ff.
- Legitimationskette 112, 115 ff., 121, 160 ff., 351, 506
- Legitimationsmodelle, *siehe* Demokratische Legitimation
- Legitimationsmodus 114, 119
- Marbury v. Madison* 151, 275ff., 315
- Mehrheitsprinzip 157
- Ministerialverwaltung 111, 120, 337 ff.
- Missouri-Plan* 149ff., 236, 418ff., 448f.
- Montesquieu 79, 175, 275,
- Nationalsozialismus 80 f.
- Neues Steuerungsmodell 11, 202 ff., 376 ff., 460 ff.
- Verhältnis zur richterlichen Unabhängigkeit 205, 206 f., 377
- Normverwerfungskompetenz 147, 152ff., 179, 249 f., 275ff.
- der U.S.-amerikanischen Gerichte, *siehe* *Judicial Accountability*
 - des Bundesverfassungsgerichts 249 f.
- NRV 10 ff., 371 ff.
- Diskussionsentwurf 373 ff.
 - Reformdebatte 367 ff.
 - Selbstverwaltungsmodelle 369 ff.
- Oberlandesgerichte 252, 338
- Öffentlichkeitsarbeit 74, 206, 349, 397, 404
- Öffentlichkeitsgrundsatz 347, 445
- Ökonomisierung der Justiz 202 ff., 376 ff., 516 f.
- Ordentliche Gerichtsbarkeit 246 ff., 251 f.
- Originalism* 103, 156ff.
- Output 110f., 346, 377
- PEBB\$Y 204, 364f., 485
- Pensenschlüssel, *siehe* Personalbedarfsrechnung
- Personalbedarfsrechnung 364f., 485
- Personalverwaltung 47, 211, 349 ff., 408ff.

- Political Question Doctrine* 273f.
 Politisierung der Richterschaft 223ff., 281ff., 353, 448, 458ff.
 Präsidialräte 143, 331, 340 f.
 Präsidien 330 f., 340
 Prinzip der doppelten Mehrheit 116, 131 ff., 375
- Qualifikation, richterliche 212, 411f., 414, 446 f.
 Qualitätsmanagement 13, 69 f., 94, 377 f., 456 ff.
 – Qualität der Rechtsprechung, *siehe* Rechtsprechungsqualität
- Recht auf effektiven Rechtsschutz 188, 193, 242
 Recht auf ein faires Verfahren 188f., 240 f.
 Rechtsfürsorge, *siehe* Gerichtsverwaltung
 Rechtsprechung 19 ff., 52ff.
 – Abgrenzung zur Verwaltung 30 ff., 58ff.
 – Begriff 19 ff., 52ff., 180
 – formeller Rechtsprechungsbegriff 21
 – funktionaler Definitionsansatz 22 f.
 – Kernbereiche 23 f.
 – materieller Rechtsprechungsbegriff 22
 – Qualität der Rechtsprechung, *siehe* Rechtsprechungsqualität
 Rechtsprechungsmonopol 31, 37, 40, 45, 170
 Rechtsprechungsqualität 13, 206, 298, 377 ff., 432, 456 ff., 487 ff.
 Rechtsschutzgarantie 185 ff., 188f.
 – in den USA, *siehe* *Access to Justice*
 Rechtsstaatsprinzip 144, 185, 188
 Regelbeurteilung, *siehe* Beurteilung
 Ressourcenallokation 487
Retention Election 161, 238, 422ff., 509ff.
 Richteranklage 140, 201, 334
 Richterbeförderung, *siehe* Beförderung
 Richterbestellung 127 ff., 148ff., 333 ff., 350 ff., 409ff.
 – Bundesverfassungsgericht 350 ff.
 – Gerichte der Länder – Einzelstaaten 127 ff., 355 f., 414ff.
 – Landesverfassungsgerichte 354 f.
 – Oberste Bundesgerichte – Federal Courts 352 ff., 411ff.
- Richterbeurteilung, *siehe* Beurteilung
 Richterdienstgerichtsbarkeit 332, 342 f.,
 Richterliche Selbstverwaltung 37, 49 f., 209, 340 ff.
 – in den USA 77, 181, 386ff., 400ff.
 – Reformmodelle, *siehe* DRB und NRV
 Richterliche Unabhängigkeit 191 ff., 234 ff.
 – Garantie 192 ff., 215ff.
 – Grenzen 135 ff., 496 ff.
 – *decisional Independence* 218ff.
 – institutionelle Unabhängigkeit – *institutional Independence* 214 f., 217f.
 – persönliche Unabhängigkeit 211 ff., 190ff.
 – Politisierung der Richterschaft, *siehe* ebd.
 – Qualitätskontrolle, *siehe* Rechtsprechungsqualität
 – Sachliche Unabhängigkeit 195 ff.
 – Verhältnis zum Neuen Steuerungsmodell, *siehe* Neues Steuerungsmodell
 – Verhältnis zur Dienstaufsicht, *siehe* Dienstaufsicht
 Richterräte 332, 341 f.
 Richtervereinigungen 367 ff.
 Richterwahlausschuss 127 ff., 334 ff., 344 ff., 446 f.
 – Probleme bei der Besetzung 128 ff.
Rule-Making Power, *siehe* *U.S. Supreme Court*
Rules of Court 105f., 180, 383
- Sachmittelausstattung, *siehe* Infrastrukturverwaltung
 Schöffen 34, 257
Scientific Management 70f.
 Selbstverständnis, richterliches 222, 379
Separation of Powers, *siehe* *Checks and Balances*
 Sicherheit, *siehe* Sitzungspolizei
 Sitzungspolizei 24, 347
Speedy Trial Clause 188
 Staatsgewalt 61f., 79, 109 ff., 164 ff., 172ff.
State Court Administrative Offices 397f., 408
Statutory Law, *siehe* *Common Law*

- Trennung von Justiz und Verwaltung 30 ff., 58 ff.
Trial 54, 191, 474, 500
Trial Courts 297 ff., 312 ff., 415, 425
- Unabhängigkeit, *siehe* Richterliche Unabhängigkeit
- Unionsrecht 185, 242 f.
- Untätigkeitsbeschwerde 187
- Urteilsschelte 198, 343
- U.S. Supreme Court* 102 ff., 154 ff., 225 ff., 267 ff.
- Aufgaben und Funktionen 268 ff.
 - Besetzung 274
 - *Judicial Review* 103, 154, 179, 275 ff., 458
 - *Judicial (Self-)Restraint und Judicial Activism* 281 ff.
 - Kritik 290
 - *Rule-Making Power* 52, 180, 383 ff., 394, 407, 445
 - Vergleich zum Bundesverfassungsgericht 314 ff.
- Verwaltung 24 ff., 55 ff., 170 ff.
- Abgrenzung zur Rechtsprechung 30 ff.,
 - Begriff 24 ff., 56 ff.
 - formeller Verwaltungsbegriff 25
 - Kernbereiche 29 f.
 - materieller Verwaltungsbegriff 26 f.
 - organisatorischer Verwaltungsbegriff 25
 - Verwaltungsaufbau USA 55 f.
- Verwaltungsgerichtsbarkeit 33, 246, 364, 372
- Volkssouveränität 108 f., 143 f.
- Völkerrecht 240 ff.
- Vollständigkeitsprinzip 476 f.
- Vorauswirkungsprinzip 477 f.
- Vorsitzender Richter 208 f., 396; *siehe auch Chief Justice*
- Weimarer Reichsverfassung 21, 448
- Zweispurigkeit, *siehe* Gerichtsverwaltung

